



EU-China-Gipfel: Kommission verknüpft Chinas Marktwirtschaftsstatus mit Überkapazitätsabbau bei Stahl

Wie die Europäische Kommission nach Abschluss des EU-China-Gipfeltreffens am 12./13.07.2016 in Peking bekannt gab, habe Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gegenüber der chinesischen Regierung die ernststen Bedenken der EU hinsichtlich der Überkapazitäten in der Stahlproduktion zum Ausdruck gebracht und China zur Einhaltung der Marktregeln aufgefordert. Konkret haben beide Seiten vereinbart, eine bilaterale Arbeitsgruppe für den Stahlsektor einzurichten, um „die Überkapazitäten zu überwachen und die Maßnahmen Chinas zur Bewältigung dieses Problems zu bewerten.“ Juncker habe außerdem auf dem EU-China-Wirtschaftsgipfel die Entschlossenheit der EU betont, ihre Stahlindustrie zu schützen und dabei auch die ihr zur Verfügung stehenden Handelsschutzinstrumente einzusetzen.

Zur Frage des Marktwirtschaftsstatus (MWS) habe Juncker in Peking betont, dass die EU ihre internationalen Verpflichtungen einhalten werde. Er habe dargelegt, dass derzeit eine Folgenabschätzung erstellt werde, in der die Folgen für jeden EU-Mitgliedstaat geprüft werden. Erst danach werde die Kommission eine Entscheidung treffen. Im veröffentlichten Statement des Kommissionspräsidenten heißt es, dass die Kommission auf der Grundlage der Folgenabschätzung die Optionen prüfen und eine Entscheidung treffen werde. Für die Kommission bestünde eine klare Verbindung zwischen der Überkapazität und dem Marktwirtschaftsstatus für China.

Über die Frage Marktwirtschaftsstatus für China wird das Kollegium der Kommissionsmitglieder am 20.07.2016 eine Orientierungsaussprache führen und danach einen Vorschlag unterbreiten.

Handelskommissarin Cecilia Malmström hatte bei verschiedenen Anlässen öffentlich davon gesprochen, dass China gegenwärtig keine Marktwirtschaft sei. Allerdings müsse die EU auf das Auslaufen der Bestimmung des Art. 15

des WTO-Beitrittsprotokolls reagieren, welche im Wesentlichen die Berechnungsverfahren bei Antidumpingmaßnahmen betrifft. Derzeit kann die EU für die Berechnung von Antidumpingzöllen bei Stahleinfuhren aus China als Vergleich andere Länder wie Korea und Brasilien heranziehen. Diese Vergleichsmöglichkeiten würden bei Anerkennung des MWS wegfallen.

Allerdings befürchtet Malmström, dass dann, wenn die EU an dem bisherigen Antidumpingsystem festhält, China die EU vor der WTO wegen Nichteinhaltung des Beitrittsprotokolls verklagen würde. Ein solches Verfahren könnte sich über Jahre hinziehen und zu Verunsicherungen auch in der europäischen Industrie führen.

Die Frage der Überkapazitäten wurde bereits in verschiedenen Gremien, z.B. beim OECD-Stahlausschuss, behandelt, ohne dass es bisher nennenswerte Fortschritte gab. Die Chinesen betrachten die Stahlüberkapazitäten als weltweites Problem, wogegen die Europäer das Problem der Überkapazitäten und des Preisverfalls vor allem auf die in den letzten Jahren stark gestiegene Stahlerzeugung in China und auf das vergleichsweise schwächere Wirtschaftswachstum in diesem Land zurückführen.

Vor dem EU-China-Gipfeltreffen haben die Handelsminister der G-20 am 9./10.07.2016 in Shanghai in einem gemeinsamen Statement erklärt, das Problem der Stahlüberkapazitäten und der Stahlsubventionen anzupacken, u.a. bei der nächsten Sitzung des OECD-Stahlausschusses am 8./9.09.2016.

Weiterführende Informationen:

http://ec.europa.eu/news/2016/07/20160711_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-16-2523_de.htm